

## 5.2 Hat das „europäische Sozialmodell“ noch eine Zukunft?

*Ein europäisches Sozialstaatsmodell, das auch Elemente einer institutionalisierten transnationalen Sozialpolitik im EU-Maßstab einschließt, wäre ein reformistisches Projekt. Nur ein klarer Bruch mit der Lissabon-Strategie könnte es in Gang bringen. Vor allem braucht es in der Tat „neues Denken“, also ein paar radikale Brüche mit den heute vorherrschenden Ideen von „Reichtum“, von „gutem Leben“, von „Investitionen“ insbesondere „Zukunftsinvestitionen“ und „Innovation“, also eine Befreiung der Köpfe von den Marktmythen der Gegenwart.*

Von außen gesehen, erscheint Europa als Einheit. Von innen besehen, ist es mit der Einheit nicht so weit her. Von außen, etwa von Asien oder von Lateinamerika aus gesehen, mag Europa als ein nachahmenswertes Modell erscheinen, ein Modell, das zumindest eine diskutabile Alternative zum US-amerikanischen Kapitalismus bietet. Von innen betrachtet, herrschen Unsicherheit und tiefe Zweifel an der Überlebensfähigkeit des eigenen „Modells“. Von Osteuropa her gesehen, erscheint das „europäische Modell“ als eine Sache des „alten“, des westlichen Europa, vor allem aber als überholt. Europa ist seit jeher ein geographisch schlecht definierter Begriff gewesen; als kulturelle Einheit ist es kaum eindeutig zu bestimmen. Europa ist keine Gesellschaft, obwohl es mittlerweile von „EuropäerInnen“ wimmelt; Europa ist ein Verbund von Nationen, also Staatsgesellschaften, die vom Nationalismus, also Kunstfiguren der Politik des 19. Jahrhunderts, leben. Darüber hat sich eine neue Kunstfigur, die europäische Union gelagert. Sie ruht bis heute in erster Linie auf einem Elitenkonsens, den die Masse der WahlbürgerInnen mit einer Mischung aus Furcht und Skepsis betrachten.

### **Sozialstaatlichkeit in Europa - die Vielfalt der Sozialstaatsmodelle**

Wenn es etwas gibt, das die Kapitalismen in Europa vom Kapitalismus in anderen Teilen der Welt auszeichnet, dann ist es der Sozialstaat. Die Mitgliedsstaaten der EU, mit Ausnahme der osteuropäischen Beitrittsländer, gehören zur kleinen, aber feinen Spitzengruppe der am höchsten entwickelten Sozialstaaten, nicht nur weltweit, auch in der OECD, also im Club der führenden Industrie- und Welthandelsländer. Aber diese Sozialstaaten sind alles andere als einheitlich, im Gegenteil.

Wir finden in Europa, auf engstem Raum, eine enorme Vielfalt von Sozialstaaten, die allesamt das Resultat historischer Kompromisse unter sehr unterschiedlichen Bedingungen sind. Um mit dieser Vielfalt hantieren zu können, nehmen die meisten Sozialwissenschaftler heute eine Typologie von drei bis fünf „Modellen“ zu Hilfe, die auf Esping-Andersen (1990) zurückgeht: Vom „liberalen“ Sozialstaat (Großbritannien, Irland), über den „konservativen“ (Frankreich, Deutschland, Österreich), den „sozialdemokratischen“ (Schweden, Dänemark) bis zum „residualen“ oder „rudimentären“ Typus (Griechenland, Spanien). Mit Hilfe einer solchen Typologie lassen sich die wichtigsten Unterschiede zwischen den Sozialstaaten Europas im Blick auf ihre sozialen Sicherungssysteme, deren Finanzierung, ihre (Um)verteilungseffekte, ihre sozialen Dienstleistungen, ihre Mindeststandards usw. beschreiben, aber nicht erklären. Trotz sehr ähnlicher Problemlage sind die europäischen Sozialstaaten in den vergangenen Jahren in aller Regel ganz unterschiedlich mit Erwerbslosigkeit, Verarmung, Überalterung, irregulärer Beschäftigung, Schwarzarbeit usw. umgegangen - entsprechend den historisch gewachsenen Strukturen und institutionellen Formen ihrer Sozialsysteme; pfadabhängig, wie die SozialwissenschaftlerInnen sagen. Dabei haben einige europäische Sozialstaaten durchaus vergleichbare Strategien verfolgt - wie z.B. die Strategie der Frühverrentung als Antwort auf die anhaltende Massenarbeitslosigkeit.

Daher: so etwas wie ein „europäisches Sozialmodell“, wie es zahlreichen Dokumenten der EU-Kommission, des Ministerrates und des Europäischen Parlaments stets wieder beschworen wird, gibt es nicht.

Auch der Hinweis auf das im Durchschnitt höhere Sozialleistungsniveau in den europäischen Sozialstaaten macht die Rede vom „europäischen Sozialmodell“ nicht plausibler. Denn für die Sozialstaaten der USA und Japans gilt schlicht, dass ein niedrigeres Niveau öffentlicher (staatlicher) Sozialleistungen dadurch kompensiert wird, dass die Elemente der „company welfare“ (betriebliche Sozialpolitik) und der „fiscal welfare“ (Sozialpolitik mittels Steuern) eine weit größere Rolle spielen als in den meisten europäischen Sozialstaaten (wo sie allerdings auch nicht fehlen). Das denkbare

Michael R. Krätke  
ist Politikonom und  
Professor an der  
Universität Amsterdam.

Argument, das europäische Sozialmodell beruhe vor allem auf der Anerkennung sozialer BürgerInnenrechte (die in der Tat in vielen europäischen Verfassungen genannt, mitunter sogar detailliert beschrieben werden, wie in der Verfassung der Republik Italien), verfängt nicht. Denn nur einige europäische Sozialstaaten haben in der Tat ein Recht auf „universalistische“ für alle ihre BürgerInnen institutionalisiert; auch diese Rechte gelten nur für einige wenige Sozialleistungen und keineswegs bedingungslos.

### **Umbau oder Zerstörung der Sozialstaaten in Europa?**

Europäisierung vor Globalisierung. Dies Politikmuster hat mit dem so genannten Lissabon-Prozess, d.h. mit der gemeinsamen Strategie, die auf dem EU-Gipfel in Lissabon 2000 vereinbart wurde, einen neuen Schub bekommen. Und zwar einen Schub, der in eine deutlich andere Richtung weist, als das bisher in der europäischen Union üblich war. EU-Europa sollte bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden, EU-Europa sollte im Kampf um die Weltmärkte den wichtigsten Konkurrenten USA, Japan und China die Stirn bieten. Mit der Lissabon-Strategie hat die EU einen Politikwechsel vollzogen, an dem schon seit langem gearbeitet wurde. Statt einen „gemeinsamen Binnenmarkt“ mittels Angleichung und/oder „Harmonisierung“ der marktrelevanten Regulierungen in den Mitgliedsländern herbei zu führen, setzt die EU nunmehr offiziell auf den „Wettbewerb“ zwischen den Mitgliedsländern um die jeweils besten, d.h. wettbewerbstaughlichsten Politiken. Sie institutionalisiert und fordert die „Standortkonkurrenz“ zwischen den Mitgliedsstaaten, die fortan miteinander um die Gunst des Kapitals kämpfen sollen. Statt des altherwürdigen liberalen Ziels, eine annähernde Gleichheit der Konkurrenzbedingung in der Großregion EU-Europa herbei zu führen, setzt die offizielle europäische Politik nunmehr auf die Ungleichheit der Konkurrenzbedingungen, die dem mobilen Kapital das unschlagbare Droh- und Druckmittel des Standort- oder sogar des Regime-Shopping zwischen den Mitgliedsstaaten der Union an die Hand gibt. Die Mitgliedsstaaten sollen sich im ständigen Wettbewerb gegenseitig fit machen für den Kampf mit der globalen Konkurrenz.

Sozialstaatsreform ist ein mühsames Geschäft. In allen europäischen Ländern, in denen in den letzten 10 bis 15 Jahren „Reformen“ des Sozialstaats betrieben wurden, hat sich gezeigt, wie hartnäckig die

SozialstaatsbürgerInnen an ihren wohl-erworbenen Rechten festhalten, wie erfolgreich sich die Sozialstaatsbürokratien in ihren Institutionen verschanzen. Ohne Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie, der traditionellen Schutzmacht derer, die auf den Sozialstaat angewiesen sind, ist bisher noch keine der im Lissabon-Prozess angestrebten „Reformen“ zustande gekommen. Die europäische Sozialdemokratie selbst ist daher das erste Opfer dieser Reformpolitik, die sie ihre/n WählerInnen und AnhängerInnen entfremdet. Den SozialstaatsbürgerInnen war nur mit Hilfe ständig wiederholter Katastrophenszenarios plausibel zu machen, dass die Verluste an Rechten und Transferleistungen, die ihnen überall abverlangt wurden, notwendig und legitim seien. Im Reformprozess sind die Sozialstaaten in allen europäischen Ländern beschädigt worden, die Masse der SozialstaatsbürgerInnen hat überall Leistungen und Rechte verloren, aber eine Strukturreform an Haupt und Gliedern ist in keinem der europäischen Sozialstaaten bisher gelungen.

Mit dem Lissabon-Prozess sind drei Patentrezepte in den Rang offizieller Politikziele erhoben worden: Das Konzept des „aktivierenden“ Sozialstaats und das Konzept der Privatisierung der sozialen Sicherung, die der gewünschten „Eigenverantwortung“ der SozialstaatsbürgerInnen auf die Sprünge helfen würde, und das Konzept der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, d.h. der Förderung irregulärer, prekärer Beschäftigungsverhältnisse und eines wachsenden Niedriglohnssektors.

Die Politik der „Aktivierung“ des Sozialstaats ist in einigen europäischen Sozialstaaten bereits in Gesetzesform gebracht worden (das „Jobaktivgesetz“ und die Hartz-Gesetze in Deutschland, der „Plan d'aide au retour à l'emploi“ in Frankreich, ähnliche Programme in Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Irland). Alle folgen der simplen Logik, jeden „Sozialfall“ zu lösen, indem mit hartem und hartnäckigem bürokratischem Druck, unterstützt von einem System von Geldstrafen (Leistungskürzungen) die Anpassung an die Imperative des Arbeitsmarkts, die Unterwerfung unter das heilige Prinzip der „Verwertung“ und „Vermarktung“ jedes Individuums (im Jargon „employability“ oder „Arbeitsmarktfähigkeit“) erzwungen wird. Diese Sozialpolitik, die nicht weniger, eher mehr kostet als die bisherige (vor allem an bürokratischem Aufwand), hat zwar so gut wie keine Beschäftigungseffekte gehabt, dient aber dazu, die kollektive Illusion einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung am Leben zu halten.

Es gibt in Europa nur drei Länder, in denen Pensionsfonds in den sozialen Sicherungssystemen eine große und tragende Rolle spielen - Großbritannien, die Niederlande und die Schweiz. In den übrigen europäischen Ländern sind in den letzten Jahren viele Versuche unternommen worden, die vorhandenen Betriebsrentensysteme zu „deregulieren“, d.h. für eine europaweite Konkurrenz zu öffnen, und zugleich den SozialstaatsbürgerInnen den Sprung in private Alters-, Kranken- und Berufsunfähigkeitsversicherungen schmackhaft zu machen. Der Renten- oder Pensionsfonds-Kapitalismus steht in den meisten europäischen Ländern am Anfang und hat noch viel Boden zu gewinnen - zu Lasten der vorhandenen, staatlich organisierten Sozialversicherungen. Für diesen Umbau der europäischen Sozialstaaten eifern in erster Linie die großen FinanzmarktakteurInnen, die ein gigantisches Marktpotential von Hunderten von Millionen VersicherungskundInnen vor sich sehen. Um die gut verdienenden und relativ stabil beschäftigten LohnarbeiterInnen in die Arme der Privatversicherer zu treiben, müssen die Leistungen der Sozialversicherungen weit drastischer reduziert werden als das bisher der Fall war. Für die FanatikerInnen der Sparpolitik gibt es hier in den nächsten Jahren noch viel zu tun, um endlich einen Massenmarkt für „private Vorsorge“ in allen europäischen Ländern zu schaffen. Die EU unterstützt diesen Prozess mit der geplanten Schaffung eines integrierten europäischen Finanzmarkts. Auf dem könnten sich konkurrierende Pensionsfonds und Krankenversicherungen EU-weit tummeln.

Die Förderung prekärer, irregulärer Beschäftigungsverhältnisse neben und zunehmend auch an Stelle regulärer, „normaler“ Beschäftigungsverhältnisse ist ebenso mit Erfolg betrieben worden wie die Entwicklung von Niedriglohnsektoren. Damit hat die „europäische Beschäftigungspolitik“ eine ganz andere Dynamik bekommen, als ihre BefürworterInnen gedacht hatten. Befristet- und Teilzeitbeschäftigte gab es schon früher, auch NiedriglöhnerInnen und alle möglichen Formen prekärer Beschäftigung, obwohl erst einige davon in jüngster Zeit legalisiert worden sind. Aber sie wurden nicht angestrebt, schon gar nicht zur Norm für einen „flexiblen“ Arbeitsmarkt erhoben. Obwohl „Normarbeitsverhältnisse“ (orientiert am Leitbild des männlichen, hochqualifizierten Facharbeiters mit de facto lebenslanger Beschäftigung in derselben Branche oder demselben Betrieb) keineswegs marginalisiert oder „ausgehöhlt“ worden sind, liegt der Schwerpunkt der Beschäftigungsentwicklung, politisch

gewollt, bei den prekären Beschäftigungsverhältnissen. Prekär Beschäftigte und NiedriglöhnerInnen sind die HelotInnen des Sozialstaats; nur in den europäischen Sozialstaaten, die „universalistische“ und steuerfinanzierte Sozialleistungen von einigem Gewicht kennen, ist die Ungleichheit zwischen dem neuen Proletariat der prekär Beschäftigten und den „NormalarbeiterInnen“ weniger krass.

Als Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ist der Lissabon-Prozess vorerst gescheitert. Ihre Folgen sind bereits sichtbar bzw. absehbar. Wir erleben eine massive Reproletarisierung und zugleich Spaltung, ja Fragmentierung der abhängig Beschäftigten (und vieler kleiner „Selbständiger“) in allen europäischen Ländern. Gewiss gibt es NutznießerInnen der gegenwärtigen Reformpolitik: Gutbezahlte, hochqualifizierte, privat versicherte ArbeitnehmerInnen in einigen Hochtechnologie-Branchen und wenigen (multinationalen) Großunternehmen, die den Sozialstaat nicht mehr zu brauchen meinen, obwohl gerade sie von betrieblichen Sozialleistungen und Steuersubventionen abhängig sind. Für die Masse der abhängig Beschäftigten dagegen ist die soziale Sicherheit, die der Sozialstaat bieten sollte, nicht nur geringer, sondern vor allem selbst unsicher geworden. Die altbekannte „Unsicherheit der Lebenslage“, einst das hervorstechende Merkmal der Proletarität, ist wieder da - nur ist es diesmal der „reformierte“ Sozialstaat, der sie mit erzeugt. Dazu kommt die wachsende Ungleichheit zwischen den SozialstaatsbürgerInnen, insbesondere zwischen „normal“ und „prekär“ Beschäftigten, zwischen denen, die noch in den Arbeitsmarkt integriert sind, und der wachsenden Zahl der Marginalisierten und Ausgeschlossenen, die im reformierten Sozialstaat als Teil der offiziellen „Arbeitsreserve“ behandelt werden, dennoch keine Chance auf eine reguläre, dauerhafte Beschäftigung haben. Im „reformierten“ Sozialstaat wird selbst der Anspruch aufgegeben, diese Spaltungen der bürgerlichen Gesellschaft mildern oder gar verhindern zu können.

Die wichtigsten und altbekanntesten Probleme der „alten“ Sozialstaaten Europas werden mit den heutigen Reformen jedenfalls nicht gelöst. Die Armut und die Armutsbevölkerung ist in den meisten europäischen Ländern gewachsen, die Verarmungsrisiken für wachsende Teile der ArbeiterInnenbevölkerung gestiegen. Die „reformierten“ Sozialstaaten zeigen Härte gerade denen gegenüber, die sie am meisten brauchen. Mit Erfolg. Denn nach wie vor leben die entwickelten Sozialstaaten Europas mit

einem altbekannten Schandfleck - der gar nicht geringfügigen Nicht-Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch BürgerInnen, die darauf einen wohlbegründeten Anspruch hätten. Im Gegensatz zum allseits beliebten Missbrauchsverdacht wird dieser Dauerskandal lieber verschwiegen. Aber die Nicht-Inanspruchnahme von Sozialleistungen gibt es nach wie vor - und ihr Umfang scheint nicht geringer zu werden, im Gegenteil (vgl. OECD 2004).

### **Alternativen: Lässt sich die Gegenreform reformieren?**

Wir brauchen eine Reform der europäischen Sozialstaaten, aber nicht die, die derzeit - aus den falschen Gründen, mit üblen Folgen - im Gang ist. Die wirklichen Probleme der „alten“ europäischen Sozialstaaten werden mit den derzeitigen Reformen keinesfalls gelöst. Von einer ernsthaften Bemühung um eine Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme kann keine Rede sein, die transnationale europäische Sozialpolitik stagniert auf niedrigstem Niveau; von einem einheitlichen europäischen Arbeitsmarkt sind wir in EU-Europa so weit entfernt wie eh und je.

Das „europäische Sozialmodell“ hat seine Zukunft noch vor sich. Noch immer erfreut sich in den meisten europäischen Ländern das Konzept des Sozialstaats, der nicht nur KapitaleigentümerInnen, sondern allen seinen BürgerInnen verpflichtet ist, breiter Unterstützung. Das neoliberale Ideal des minimalen Staats, der sich auf reine Armenfürsorge zurückzieht, hat noch lange nicht gewonnen, auch wenn die dazu gehörenden Marktideologien in den Köpfen der so genannten Eliten dominieren. Heute spricht alles für einen „starken“ Sozialstaat: Auch eingefleischte GlobalisierungsskeptikerInnen werden nicht bestreiten, dass die „sozialen Risiken“ (Erwerbslosigkeit, Verarmung, Ausschließung) für die meisten Erwerbstätigen gewachsen sind und weiter wachsen. Mittlerweile sind auch bislang privilegierte Gruppen (FacharbeiterInnen, AkademikerInnen, öffentlicher Dienst) vom Risiko des sozialen Absturzes bzw. der dauerhaften Unsicherheit der Lebenslage (bei prekärer Beschäftigung) betroffen. Neben der Kinder- und Frauenarmut werden wir es schon bald wieder mit wachsender Altersarmut zu tun bekommen. Auch im alten Europa haben wir wieder „working poor“ (arbeitende Arme) in wachsender Zahl.

Ein europäisches Sozialstaatsmodell, das auch Elemente einer institutionalisierten transnationalen Sozialpolitik im EU-Maßstab einschließt, wäre ein reformistisches Projekt. Es würde die schon vorhandene

ökonomische Integration in EU-Europa verstärken. Nur ein klarer Bruch mit der Lissabon-Strategie könnte es in Gang bringen. Vor allem braucht es in der Tat „neues Denken“, also ein paar radikale Brüche mit den heute vorherrschenden Ideen von „Reichtum“, von „gutem Leben“, von „Investitionen“ (insbesondere „Zukunftsinvestitionen“) und „Innovation“, also eine Befreiung der Köpfe von den Marktmythen der Gegenwart: Der Wert eines Menschen ist nicht sein Marktwert; es gibt einen Zusammenhang zwischen dem „guten Leben“ für einzelne und dem „guten Leben“ für alle; gesellschaftlicher Reichtum ist nicht gleich der Summe der privaten Geldvermögen; in einer Gesellschaft ohne Armut lässt es sich besser leben, als in einer Marktgesellschaft mit ihrem unvermeidlichen Bodensatz an Marginalisierten und Ausgeschlossenen; „Investitionen“ oder Zukunftsausgaben sind keineswegs nur solche, die Privatleuten einen Profit abwerfen; vieles, was nach heutiger Konvention als „Konsum“ oder gar als „unproduktiv“ (Unkosten) gilt, wie die Masse der Bildungsausgaben, viele Sozialausgaben, ist eine Investition mit dauerndem Nutzen (und sogar „Erträgen“ in der Form künftiger Produktivitätsgewinne) für die lebenden und zukünftigen Generationen.

Eine Strategie für ein europäisches Sozialmodell, das auf eben diesen Grundgewissheiten aufbaut, braucht drei komplementäre Komponenten - national, interstaatlich und transnational. Auf der nationalen Ebene gilt es das zu tun, was die VordenkerInnen des sogenannten „Dritten Weges“ immer versäumt haben: Eine glaubwürdige und rationale Strategie gezielter „sozialer Investitionen“ zu betreiben. Die setzt allerdings nicht weniger, sondern wenigstens ebenso viel an „sozialer Sicherheit“ mittels Transferleistungen voraus, wie wir heute haben (vgl. Esping-Andersen 2002, S. 5). Sie bedingt eine Neuorientierung der Familien- oder besser der Kinder- und Jugendpolitik und sie führt unweigerlich zu einer Neubestimmung dessen, was im reichen EU-Europa das „soziale Alter“, der sogenannte „Ruhestand“ bedeuten soll und wie dieser zu institutionalisieren ist.

Auf der zwischenstaatlichen Ebene gilt es, einen europäischen Arbeitsmarkt herzustellen, der den Erwerbstätigen in Europa Freizügigkeit, berufliche und soziale Mobilität gewährt, ohne die Form des Lohn- und Sozialdumpings, die gegenwärtig, dank der von oben verordneten Verschärfung des innereuropäischen Konkurrenzdrucks, im Schwange ist. Ein „soziales“ Europa braucht erheblich mehr Mobilität

der LohnarbeiterInnen als bisher; das heutige Niveau ist geradezu lächerlich niedrig. Dazu bedarf es einer Harmonisierung statt der von oben betriebenen „Konkurrenz“ der europäischen Sozialsysteme, die im Abschotten des jeweils eigenen, nationalen Arbeitsmarkts gegen unerwünschte Konkurrenz ihr notwendiges Gegenstück findet. Notwendig ist eine solche Harmonisierungspolitik, weil es die enorme Verschiedenheit der nationalen Sozialsysteme ist, die das wichtigste Mobilitätshindernis im heutigen EU-Europa, selbst für junge und hoch qualifizierte Fachleute, bildet. Ohne wirkliche Harmonisierung der Sozialsysteme, einschließlich der Bildungs- und Gesundheitssysteme, wird es keinen europäischen Arbeitsmarkt geben. Zu einer konsequenten Harmonisierungspolitik, die nicht auf die wundersamen Wirkungen der von oben entfesselten Dumping-Konkurrenz setzt, gehört ein europäischer Mindestlohn ebenso wie ein europäisches Tarifrecht, europäische Mindeststandards für Berufsausbildungen und Diplome aller Art, eine europaweit einheitliche Regelung von Pensions- und Rentensystemen, die die Mitnahme und Anrechnung von erworbenen Pensions- und Rentenansprüchen über alle Landesgrenzen hinweg ermöglicht. Zur Harmonisierung gehört die Umsetzung der europäischen Sozialcharta in ein europäisches Sozialrecht (mit entsprechender Gerichtsbarkeit).

Auf der transnationalen Ebene brauchen wir eine weit stärkere Rolle für die europäischen Fonds (den Sozialfonds, den Kohärenzfonds usw.) als bisher. Allein diese Fonds sorgen zur Zeit in bescheidenem Umfang dafür, dass das auf nationaler Ebene in der Regel akzeptierte Prinzip der Gleichheit der Lebensbedingungen und -verhältnisse im EU-Europa der Regionen nicht völlig in Vergessenheit gerät. Wenn diese Fonds mehr Gewicht und Wirkung haben sollen, muss die bisherige Finanzierung der Union, und damit der Fonds, gründlich reformiert werden. Wer die europäischen Sozialsysteme harmonisieren will, kommt um eine europäische Steuerreform nicht herum. Wer sich dem aber stellt, wird einer Neubestimmung der Rolle EU-Europas in der Weltökonomie nicht ausweichen können. Damit sind wir beim entscheidenden Punkt: Wie halten wir es mit der Weltwirtschaftsmacht EU-Europa, die sich seit längerem in einem unerklärten Kampf um die Vorherrschaft in Ost-Europa und Asien befindet, einem Kampf, in dem die USA der Hauptgegner sind, ob uns das gefällt oder nicht. Wer diesen Kampf für aussichtslos oder unmoralisch hält, wer ihn vermeiden will, kann das europäische Sozialmodell vergessen und darf sich über die Lissabon-Strategie des innereuropäischen Wettbewerbs nicht beklagen.

Dieser Beitrag ist die gekürzte Version eines Artikels, der zuerst in „Widerspruch“ Nr. 48 (2005) erschienen ist.

#### Literaturhinweise

Esping-Andersen, Gosta 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Oxford

OECD 2004: *Take up of Welfare Benefits in OECD - Countries. A Review of the Evidence*, OECD: Paris

Schmidt, Vivien A. 2002: *The Futures of European Capitalism*, Oxford; Oxford University Press